

Bundesverband

Büro Kissing
Münchner Str. 4
86438 Kissing
Tel: 08233/795 08 71
Fax: 08233/795 11 38
e-mail: bgst@rep.de
http:// www.rep.de

07.04.2014

**Europa richtig machen – mit uns!
Wahlprogramm der Republikaner zur Europawahl 2014**

1. Austritt aus dem Euro

Der Euro ist gescheitert. Er spaltet Europa, stiftet Unfrieden und kann nur durch wachsende Milliardentransfers zu Lasten Deutschlands aufrechterhalten werden. Die Wohlstandsverluste für deutsche Bürger durch den Euro – verlorene Auslandsinvestitionen, Entwertung von Geldvermögen, Lebensversicherungen und Rentenansprüchen durch Niedrigzinsen – bewegen sich jetzt schon in Billionenhöhe.

Wenn die Pleitestaaten nicht ausscheiden wollen, muss Deutschland aus dem Euro austreten. Die Republikaner fordern die Abwicklung der Währungsunion, die Rückkehr zum Europäischen Währungssystem vom Maastricht und die Wiedereinführung der D-Mark mit der Bundesbank als einer von politischen Weisungen unabhängigen Zentralbank. Dazu müssen die deutschen Goldreserven unverzüglich aus den USA und London nach Deutschland zurückgeführt werden.

Wir wollen unsere Deutsche Mark zurück!

2. ESM abwickeln, Bankenunion verhindern

Der „Europäische Stabilitätsmechanismus“ (ESM) ist ein Blankoscheck für endlose Transferzahlungen. Über den ESM bürgt Deutschland mit Riesensummen für Schulden und Misswirtschaft anderer Staaten und deren Banken. Der ESM muss deshalb abgewickelt werden.

Die Republikaner lehnen die Bankenunion und insbesondere die geplante europäische Einlagensicherung, über die deutsche Sparer für die Schulden fremder Banken haften sollen, strikt ab. Bankenaufsicht und Bankensicherung müssen in nationaler Verantwortung ohne Beistandsverpflichtungen anderer Staaten bleiben.

Die verfassungswidrigen Staatsanleihenkäufe durch die Europäische Zentralbank, die nichts anderes sind als verbotene Staatsfinanzierung über die Notenpresse, müssen ebenso eingestellt werden wie der Missbrauch des europäischen „Target 2“-Zahlungsverkehrssystems als unbegrenzter Überziehungskredit für Krisenländer. Das bereits entstandene milliardenschwere Ausfallrisiko zu Lasten Deutschlands muss unverzüglich zurückgeführt werden.

Hände weg vom Geld der deutschen Steuerzahler!

3. Flüchtlingsansturm abwehren

Das Asylrecht muss wirklich politisch Verfolgten vorbehalten bleiben, die nur einen verschwindenden Prozentsatz aller Asylbewerber ausmachen, und darf nicht länger als Hintertüre für Wirtschaftsflüchtlinge und illegale Einwanderer missbraucht werden.

Dem rasant steigenden Flüchtlingsansturm auf Europa muss an der Wurzel begegnet werden: Durch konzertiertes Vorgehen und wirksames Durchgreifen gegen Schleuser und Schlepper, die Tote und Verletzte eiskalt einkalkulieren. Europäische Grenzpatrouillen und Behörden dürfen sich nicht zu ihren Komplizen machen, sondern müssen aufgegriffene illegale Einwanderer sofort auf See oder an den Grenzen zurückschicken, ohne sie europäischen Boden betreten zu lassen. Schlepperschiffe müssen

aufgebracht und die Menschenhändler festgesetzt und vor Gericht gestellt werden.

Eine europaweite Verteilung von Flüchtlingen und insbesondere die Abschaffung der Drittstaatenregelung lehnen die Republikaner ab. Vielmehr müssen Anreize für Asylmissbrauch beseitigt werden: Durch Ersetzung des Grundrechts auf Asyl durch eine einfachgesetzliche Regelung, um Verfahren zu beschleunigen; durch schnelle und konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber und durch die ausschließliche Gewährung von Sachleistungen für Asylbewerber.

Asylmissbrauch darf sich nicht länger lohnen!

4. Sozialtourismus und Armutseinwanderung stoppen

Einwanderung in die Sozialsysteme sprengt den Sozialstaat und ist eine sozial ungerechte Diskriminierung all jener Arbeitnehmer, die mit ihrer Arbeit und ihren Beiträgen die sozialen Sicherungssysteme aufrechterhalten. Unkontrollierte Einwanderung löst keine Probleme, sondern schafft neue: zunehmende Kriminalität, Wohnungsnot und steigende Mieten, Verwahrlosung ganzer Stadtteile, kulturelle Konflikte.

Um Sozialtourismus zu verhindern, müssen die Grundsätze der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit überprüft, materielle Anreize beseitigt und nicht zur Solidargemeinschaft gehörenden Personen der Zugang zu Sozialleistungen erschwert werden. Wenn europäische Verträge und Regelungen den notwendigen Maßnahmen entgegenstehen, müssen sie überprüft und gegebenenfalls aufgekündigt werden. Die Politik hat zuerst den Interessen des eigenen Landes und der eigenen Bürger zu dienen.

Neu zugezogene EU-Ausländer sollen erst nach einer Karenzzeit Sozialleistungen erhalten können. ALG-II-Ansprüche für arbeitssuchende EU-Ausländer müssen danach zeitlich strikt beschränkt werden. Gegebenenfalls muss der Zuzug aus bestimmten Ländern durch Quoten beschränkt werden nach dem Vorbild Großbritanniens und der Schweizer „Volksinitiative gegen Masseneinwanderung“. Erwiesener Missbrauch muss mit Ausweisung und dauerhafter Wiedereinreiseperrre geahndet werden.

Wer das Gastrecht missbraucht und betrügt, der fliegt!

5. Wiedereinführung von Grenzkontrollen

Das Schengen-System hat gravierende Schwächen. Das Dublin-System, das die Zuständigkeit des Erstaufnahmelandes für Asylverfahren regelt, funktioniert ebenfalls kaum noch. Solange keine wirksame Sicherung der EU-Außengrenzen gegeben ist, sollte das Schengener Abkommen vorübergehend ausgesetzt und Kontrollen an den deutschen Grenzen wieder eingeführt werden, um organisierte grenzüberschreitende Kriminalität, Armutsmigration, Asylmissbrauch und illegale Einwanderung effektiv zu bekämpfen, ohne zu polizeistaatlichen Methoden greifen zu müssen.

EU-Freizügigkeit ist kein Selbstzweck – die Sicherheit der Bürger hat Vorrang!

6. Volksabstimmungen auf nationaler Ebene

Fragen, die das ganze Volk als demokratischen Souverän betreffen, müssen auch von allen entschieden werden. Deshalb treten die Republikaner für eine Grundgesetzänderung ein, um Volksabstimmungen und Volksentscheide auch auf Bundesebene zu ermöglichen. Über Änderungen des Staatsbürgerschaftsrechts und weitere Öffnungen der Einwanderungspolitik, über die weitere Teilnahme an der Währungsunion, über das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP), über Änderungen der europäischen Verträge und insbesondere die Abgabe von nationalen Hoheitsrechten zur weiteren europäischen Integration sowie über die Aufnahme neuer EU-Mitgliedstaaten muss das Volk entscheiden.

Demokratie statt Entmündigung!

7. Freihandelsabkommen mit den USA verhindern

Das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen EU und USA nutzt nur einigen Großkonzernen. Dagegen droht die Absenkung von Standards in Umweltschutz, Lebensmittelqualität und Produktsicherheit. Zudem eröffnet das Abkommen Investoren neue Möglichkeiten, um staatliche Gesetze und Regulierungen auszuhebeln. Die dreisten Lauschangriffe amerikanischer Sicherheitsbehörden auf europäische Bürger und Politiker sind ein weiterer Grund, die TTIP-Verhandlungen unverzüglich auszusetzen.

Europa ist kein Anhängsel der USA!

8. Abwicklung der EU-Agrarpolitik

Die gemeinsame europäische Agrarpolitik verschlingt allein mehr als die Hälfte des EU-Budgets. Bürokratie und mangelnde Kontrolle begünstigen weitverbreiteten Subventionsbetrug. Die zentralistische Ausrichtung der EU-Agrarpolitik begünstigt großindustrielle Monokulturen und stranguliert zunehmend bäuerliche Familienbetriebe. Deshalb muss die Agrarpolitik nach dem Subsidiaritätsprinzip wieder weitestgehend in die Verantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten zurückgegeben werden.

Lebt der Bauer, lebt das Land!

9. Tierschutz

Artgerechte Pflege und Haltung durch Privatpersonen und Gewerbe, wie auch in der Landwirtschaft, ist Voraussetzung für Tierhaltung überhaupt. Die Republikaner treten für ein uneingeschränktes Verbot des Schächtens, Tierversuchsverbote sowie Verbote qualvoller Käfig- bzw. Massentierhaltung und tierquälender Lebendtransporte von Schlachtvieh über 50 km täglich; Transporte sollen nur bis zum nächstgelegenen Schlachthof im Inland zulässig sein.

Tiere müssen als Mitgeschöpfe geachtet und vor Grausamkeiten geschützt werden.

10. Europa ohne Türkei

Die Türkei ist weder historisch noch geopolitisch noch kulturell ein Teil Europas. Sie hat in den letzten Jahren zudem einen islamistischen und antidemokratischen Weg eingeschlagen und destabilisiert den Nahen Osten durch unverantwortliche Kriegstreiberei zum Beispiel in Syrien. Eine Aufnahme der Türkei in die EU würde aufgrund des Entwicklungsgefälles Wanderungs- und Umverteilungsströme auslösen, die Deutschland und Europa nicht verkraften könnten. Durch einen EU-Beitritt der Türkei würde die Islamisierung Europas unaufhaltsam.

Europa muss seine Identität als christliches Abendland wahren. Deshalb: Islamisierung stoppen!

11. Reform vor Erweiterung

Noch „mehr Europa“ bedeutet weniger Freiheit und Demokratie. Bereits jetzt werden 84 Prozent der Gesetzesakte an den nationalen Parlamenten vorbei aus Brüssel diktiert; Bundestag und Landesparlamente dürfen nur noch durchwinken, was von den Eurokraten in Brüssel ausgeküngelt wurde. Der aufgeblähte, unkontrollierte und überbezahlte Brüsseler Bürokraten-Wasserkopf muss rigoros zurückgestutzt und Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückgegeben werden.

Ein europäischer Zusammenschluss, der gleichzeitig maximale Ausdehnung und maximale Integration anstrebt, muss an seinen inneren Widersprüchen zerbrechen. Nicht Größe ist entscheidend, sondern Qualität. Daher sollte die EU künftig nur aus Staaten bestehen, die dem europäischen Kulturkreis angehören und einen vergleichbaren Entwicklungsstand haben.

Zurück zu den Wurzeln – die EU ist nicht „alternativlos“!

12. Ja zu Europa, nein zu dieser EU

Demokratie setzt das Staatsvolk voraus und das Staatsvolk den Nationalstaat. Ohne den Nationalstaat gibt es weder demokratische Legitimation noch sozialstaatliche Solidarität. Die Nationen sind die Bausteine der europäischen Zusammenarbeit und nicht Hindernisse auf dem Weg zu ihrer Verwirklichung. Bestrebungen, über die Währungsunion eine politische Union zu erzwingen, indem die Souveränität der europäischen Nationen schrittweise ausgehebelt und der Vertragsbruch zur Norm erhoben wird, stellen wir uns entgegen. Die Zukunft liegt nicht in „Vereinigten Staaten von Europa“, sondern in einem Bund souveräner Nationalstaaten, die eine Freihandelszone bilden und sich lediglich in Fragen des Außenhandels und der Außen- und Sicherheitspolitik untereinander abstimmen.

Unser Europa ist das „Europa der Vaterländer“ – Freiheit und Demokratie statt EU-Diktatur!